

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 12 Mark, monatlich 3 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 7 Pfennig. Nach auswärts Postzuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die gesetzlichste Preistabelle folgt 0 Pfennig, die Reflektierte 70 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationstraft für den Amtsbezirk Birkenwerder. Anzeigenpreis für die neugepaltene Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamazeile 100 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs

Nr. 44. Postfach-Konto: Berlin 62 448 Dienstag, den 17. März 1925 Postfach-Konto Berlin 62448 24. Jahrg.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Öffentliche Mahnung zur Steuerzahlung. Hiermit wird nochmals an die Zahlung der für März fälligen Staatl. Grundvermögens- und Hauszinssteuern sowie des Gemeindefischlagens, der Hundsteuer und des Feuerhebesbeitrages erinnert. Nach Ablauf der Schonfrist muß am 22. d. Mts. sofort mit der Zwangsversteigerung begonnen werden, da nicht gefundene Steuern reiflos bis zum 31. an die Staatskasse abzuliefern sind.

Birkenwerder, den 16. März 1925. Die Gemeindekasse.

Kurze Nachrichten.

Zusammenkunft der Außenminister in Paris. Ministerpräsident Herriot wird morgen hinterinander vier ausländische Minister empfangen, und zwar Chamberlain, ferner den tschechoslowakischen Außenminister Beneš, den polnischen Minister Skrzynski und den belgischen Außenminister Hymans.

Kulturkampf im Elsaß. Paris, 15. März. Der Vizepräsident des Departements Haut-Rhin fordert alle Bürgermeister seines Departements anlässlich des vom Bischof von Straßburg proklamierten Schultreiks auf, das Gesetz zu mahnen und die Eltern darauf hinzuweisen, daß sie sich gegen das Gesetz wehren, wenn sie die Kinder nicht zur Schule schicken. Ferner werden die Lehrer aufgefordert, eine ordnungsmäßige Registratur über diejenigen Schüler zu führen, die der Schule fernbleiben.

Der Reichsblock für Jarres.

Der Wahlaufsatz zur Reichspräsidentenwahl. Zur bevorstehenden Reichspräsidentenwahl haben sich die Parteien und Verbände unter dem Vorsitz des Reichsministers a. D. v. Loebell zu einem Reichsblock zusammengeschlossen, um den Wahlkampf für die Kandidatur des Oberbürgermeisters von Duisburg Dr. Jarres einheitlich durchzuführen. In einem Aufruf an das deutsche Volk weist der Reichsblock zunächst darauf hin, daß sich das deutsche Volk zum erstenmal einen Reichspräsidenten für sieben Jahre selbst wählen soll. Dann heißt es in dem Aufruf:

„An diesem historischen Tage müssen alle Grenzen der Partei, der Konfession und des Standes fallen. Die Wähler sollen nur den besten und würdigsten Mann berufen. Deshalb haben sich die Vertreter derjenigen Parteien, die fast die Mehrheit aller deutschen Wähler hinter sich wissen, gemeinsam mit Vertretern vaterländischer, wirtschaftlicher und kultureller Verbände zum Reichsblock vereinigt. Sie haben sich nach reiflicher Erwägung entschlossen, dem deutschen Volk für die Wahl zum Reichspräsidenten Herrn Oberbürgermeister Dr. Jarres in Duisburg, vormaligen Reichsminister des Innern und Vizekanzler, zu empfehlen.“

Zabei war für den Reichsblock maßgebend, daß Herr Dr. Jarres ein Mann ist, von großer Erfahrung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, ein lauter Charakter, ein Mann des nationalen Fortschritts und ferndeutscher christlicher Gesinnung, bewährt als Vorkämpfer deutscher Freiheit für Rhein und Ruhr.

Der Aufruf ist unterzeichnet von Staatsminister a. D. Loebell, den Vertretern der Reichsparteien und der mit ihnen im Reichsblock vereinigten vaterländischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbände. Außerdem haben auch Generalfeldmarschall v. Hindenburg und Großadmiral v. Tirpitz unterschrieben.

Der demokratische Wahlaufsat.

Für die Kandidatur Hellpach. Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei hat zur bevorstehenden Reichspräsidentenwahl ebenfalls einen Aufruf erlassen, in dem die deutschen Wähler aufgefordert werden, ihre Stimme dem badischen Staatspräsidenten Dr. Hellpach zu geben. Dr. Hellpach hat sich als Staatspräsident Baden bewährt. Er ist der Mann der Gemeinschaftsarbeit aller Bürger, er geht einen zielbewußten Weg der Mitte. Er wird ein Hüter der Reinheit des öffentlichen Lebens sein, er hat ein Herz für die wirtschaftlich Schwachen und hilft den durch Krieg und Revolution Geschwächten.

Deutschland und der Völkerbund.

Die Antwort auf das Memorandum. Der Völkerbund hat sich in seiner letzten Sitzung mit den in der Denkschrift der deutschen Regierung vom 12. Dezember v. J. erhobenen Bedenken gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beschäftigt. Diese Bedenken betrafen besonders die Verpflichtungen, die Deutschland als Mitglied des Bundes übernehmen müßte, an wirtschaftlichen und militärischen Strafmaßnahmen des Bundes teilzunehmen.

Auf diese Denkschrift der Reichsregierung ist jetzt dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann die Antwort des Generalsekretärs des Völkerbundes zugegangen, in der der Rat mit Vergnügen von der deutschen Erklärung Kenntnis nimmt, den baldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu erstreben. Dann heißt es u. a.:

„Der Völkerbund hält den Grundsatz der Gleichberechtigung, der sowohl gleiche Pflichten wie auch gleiche Rechte für alle bedingt, für eines der wesentlichsten Elemente des Völkerbundes. Der Rat weist ferner darauf hin, daß die Art und das Ausmaß der effektiven Teilnahme der Mitgliedstaaten an den vom Völkerbund eingeleiteten militärischen Operationen notwendigerweise verschieden sind, je nach der militärischen Lage der Staaten. Deutschland würde selbst zu sagen haben, bis zu welchem Punkte es imstande wäre, den Empfehlungen des Rates zu entsprechen.“

Der Rat glaubt, seine Meinung klar dahin aussprechen zu müssen, daß jeder Vorbehalt in dieser Richtung geeignet wäre, die Grundlage des Völkerbundes zu untergraben, und daß er mit der Stellung eines Bundesmitgliedes unvereinbar wäre.

Der Schiedsspruch im Eisenbahnerstreik.

Die Lage noch ungeklärt. Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über den Lohnstreik der Eisenbahnarbeiter haben zu einem Schiedsspruch geführt, der folgendes bestimmt:

1. Die Arbeit wird möglichst sofort wieder aufgenommen. Maßregelungen finden nicht statt. Infolge des Streiks ausgeschiedene Arbeiter werden spätestens bis zum 31. März wieder eingestellt.
2. Die auf die Arbeitszeit bezüglichen Paragraphen des Lohnarbeitsvertrages treten mit Wirkung vom 1. März wieder in Kraft, ebenso besondere Vereinbarungen zu Paragraph 3 des Lohnarbeitsvertrages. Diese Arbeitszeitregelung ist bis zum 31. Oktober 1925 unfindbar. Durch einen Ausnahmefall, der spätestens in der zweiten Hälfte des April zusammentritt soll geprüft werden, welche Verfügungen für gewisse Personalgruppen ohne Verringerung der Rentabilität der Reichsbahn möglich sind.
3. Die gefordrigten auf den Lohn bezüglichen Paragraphen des Lohnarbeitsvertrages werden mit Wirkung vom 1. März 1925 wieder in Kraft gesetzt. Für die Zeit vom 1. bis 14. März 1925 gelten die früheren Löhne. Mit Wirkung vom 15. März werden die Grundlöhne der Höchsterstufe um drei Pfennig erhöht. Die Grundlöhne der übrigen Altersklassen erhöhen sich entsprechend. Die Lohnregelung kann erstmalig am 30. Juni d. J. gefündigt werden. — Erklärungsfrist bis Dienstag, den 17. März einschließl.

Die Eisenbahnarbeiter gegen den Schiedsspruch.

Dresden, 15. März. Der Bezirksvorstand und die Vertreter aller streikenden Ortsgruppen des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Bezirk Sachsen, haben heute in einer Konferenz in Dresden vor dem Berliner Verhandlungsstellen genommen, und nach eingehender Aussprache folgendes beschlossen: Die Konferenz der Vertreter der streikenden Ortsgruppen lehnt den Schiedsspruch des Schlichters rundweg ab. Der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird beauftragt, den Kampf sofort weiter zu verbreiten.

Frankfurt a. M., 15. März. Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Essen meldet, hat der Deutsche Eisenbahnerverband mitgeteilt, daß die vertragschließenden Eisenbahnerorganisationen den Schiedsspruch ablehnen.

Die Streiklage bei der Reichsbahn.

Berlin, 15. März. In Hannover sind Güterbodenarbeiter in der Streik getreten. Insgesamt streiken rund 11 000 Arbeiter, das sind etwa 2,6 Proz. Überall wird Verkehr und Betrieb und die Güterversorgung von der Reichsbahngesellschaft durchgeföhrt.

Eine blutige Wahlchlacht.

Sieben Tote bei einem kommunistischen Wahlkampf. Der Wahlkampf um die Reichspräsidentenschaft hat bereits sieben Todesopfer gefordert. Bei einer kommunistischen Wahlversammlung im Volkspark in Halle, in der der kommunistische Präsidentschaftskandidat Thälmann sprechen sollte, kam es zu schweren Zusammenstößen der Versammlungsteilnehmer mit der Polizei, wobei es außer sieben Toten zahlreiche Verwundete gab. Sechs Personen werden als schwer und 18 als leicht verletzt gemeldet.

Zusammenstoß mit Kommunisten in Berlin.

Im Zusammenhang mit kommunistischen Kundgebungen ist es am Sonntag nachmittag auch in Berlin zu einem bedauerlichen Zusammenstoß zwischen Demonstranten und Polizei gekommen, wobei ein kommunistischer Anreiter durch Bauchschuß so schwer verletzt wurde, daß er auf dem Transport zum Krankenhaus starb.

Das Bestechungssystem Barmats.

Aus dem Reichstagsauschuß. Im Barmatenausschuß des Reichstags sagte der frühere Syndikus der Butterhandlungsvereinigung Krüge, über das Bestechungssystem Barmats aus: Im Juli sollte Julius Barmat eine Sendung Butter aus Holland liefern, während das Geschäft mit einer deutschen Firma annulliert wurde. Es war nach Ansicht des Zeugen, der als Anwalt in dem sich daraus ergebenden Prozeß tätig war, eine erlaunliche Bevorzugung Barmats, nur zu erklären durch einen Korruptionsherd. Der Zeuge teilte u. a. mit, daß ein Angestellter der Reichsleitung sich darüber beschwert hätte, daß er von Barmat durch eine Kiste Zigaretten belohnen werden sollte.

Barmat und die Parteikasse der S. P. D.

Landtagspräsident Barthelemy wurde soeben um Auskunft darüber vernommen, ob Barmat Beiträge für die sozialdemokratische Parteikasse gegeben hat. Barthelemy verneinte, daß Barmat von November 1913 bis Ende 1923 die Parteikasse im vorigen Herbst, als die Wahlagitation im Gange war, wurde Barthelemy durch Heilmann ein Scheck Barmats über 20 000 Mark übergeben. Sonst könne es sich nur um Kleinigkeiten gehandelt haben. Bekannt ist dem Zeugen a. B., daß Barmat einem deutschen Genossen einmal zur Reise nach London 50-60 Gulden gab.

Justizrat Loewy gibt an, daß ein Beitrag Barmats von 5000 Mark direkt für die sozialdemokratische Agitation im Wahlkreis Dithmarschen gegeben worden ist. Von diesen 5000 Mark habe nach Aussage des Zeugen Loewy Herr Barthelemy nichts wissen können.

Es wurde dann noch der frühere Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt vernommen. Er schildert die Verhältnisse zur Zeit seiner Ministerstätigkeit. Damals hätte man jedes Angebot vom Auslande angenommen, auch wenn es von nicht ganz einwandfreien Leuten kam. Es wurden damals oft beide Augen zugedrückt, es wurde liberal geschaut, was das Zeug hielt. Barmat habe wohl damals schon Lebensmittel nach Deutschland eingeföhrt. Zu ihm, Schmidt, sei Barmat zwei- bis dreimal gekommen. Er habe ihn wegen seiner Ausdringlichkeit mißfallen.

Die Danziger Briefkastenfrage.

Zahn's Beschwerde beim Völkerbund. Der Briefkastenstreit zwischen Danzig und Polen wurde auf der Genfer Völkerbundtagung von dem Danziger Senatspräsidenten Zahn zur Sprache gebracht. Es handelt sich dabei bekanntlich um die eigenmächtige Anbringung polnischer Briefkästen innerhalb der Stadt, während den Polen vertraglich nur das Recht zusteht, lediglich für den dienstlichen Verkehr der polnischen Vertretung in Danzig einen eigenen Postdienst zu unterhalten. Der Senatspräsident führte unter anderem aus:

Nach unserer Meinung hat selten ein Streitfall zwischen Danzig und Polen so klar gelegen, selten daher auch die Bevölkerung Danzigs so sehr der Entscheidung ihres hohen Protektors entgegengekommen, wie in dieser Frage.

251. Preuß. Staatslotterie
650 000 Lose mit 196 000 in 5 Klassen verteilten Gewinnen und 2 Prämien
Ziehung 1 Klasse
am 17. und 18. April 1925
Zur Auspielung gelangen
38 Millionen Reichsmark
Größte Gewinne im günstigen Falle
auf ein ganzes **1 Million Reichsmark**
Los
auf ein ganz. **2 Millionen Reichsmark**
Doppellos
Mehr als jedes dritte Los gewinnt
2 Prämien zu je 500 000 Reichsmark
2 Gewinne zu je 500 000
2 Gewinne zu je 300 000
2 Gewinne zu je 200 000
10 Gewinne zu je 100 000
4 Gewinne zu je 75 000
14 Gewinne zu je 50 000
12 Gewinne zu je 25 000
68 Gewinne zu je 10 000
ufm. bet. ab bis 150 Mark.
Lospreis für 1/2 1/4 1/8 1/16
1. Klasse 3 R.-M., 6 R.-M., 12 R.-M., 24 R.-M.
Ein Doppellos pro Klasse 48 R.-M. zugüblig Porto.
Grieken, Staatl. Lotterie-Einnahme
Dranenburg, Lehntstraße 35.
Postfachkonto Berlin 81189. — Fernruf 180.